

Saale-Beitung.

werden die Gesellschafter Kolonialwaren oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in anderen Annahmestellen und allen Annahmestellen Expeditionen angenommen. **Kleinanzeigen** die Seite 75 Pfg. für Halle, anderswo 1 M.

Erscheint täglich zweimal. Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, Gr. Braubausstraße 17; Nebenschriftstelle: Markt 24.

Germanisierung und Enteignung.*)

Man schreibt uns:

Die Provinz Posen ist das für die Ostmarkenfrage wichtigste Gebiet, denn sie liegt einerseits gerade im Zentrum der halbpolnischen Landbeste, zwischen Westpreußen im Norden und Schlesien im Süden, und sie hat zweitens die größten zusammenhängenden Massen überwiegend polnischer Gebiete aufzuweisen. Sie sendet ja auch in den Reichstag und in den Landtag wesentlich mehr polnische Abgeordnete als Westpreußen oder Schlesien.

In dieser für die Ostmarkenfrage also wichtigsten Provinz hat, wie die letzte Volkszählung ergeben hat, sich die deutsche Bevölkerung in härterem Maße vermehrt als die polnische, allerdings nicht absolut genommen, sondern nur relativ. Der Prozenzfuß der deutschen Bevölkerungszunahme ist ein günstigerer als der der polnischen, aber an Seelenzahl haben die Polen immer noch mehr zugenommen als die Deutschen. Und für politische Wahlen ist natürlich dies letztere Moment das ausschlaggebende, denn es entscheidet dabei ja nicht die relative Stimmenvermehrung, sondern die absolute Stimmenzahl.

Insofern also kann die Freude über das für das Deutschtum verhältnismäßig günstige Ergebnis der Volkszählung ein nur bedingtes sein. Sie muß sich aber geradezu in Verzornis verwandeln, wenn man daran denkt, daß das wesentlichste für die Vermehrung der deutschen Bevölkerung in Frage kommende Moment bei den nächsten Volkszählungen voraussichtlich kaum noch mitsprechen wird. Die Ansiedlungstätigkeit droht nämlich erheblich ins Abnehmen zu geraten. Der preussische Landwirtschaftsminister hat kürzlich erklärt, es sei noch Land für 2200 Anbauerstellen zu begeben. Wenn aber in dem erstellten schnellen Tempo, das die Besiedlung in den letzten Jahren angezeigten hat, fortgefahren wird, so werden diese Stellen in kaum mehr als Jahresfrist besetzt sein. Es kommt ja aber auch bei einem so weitgehenden Ziele, wie es der Ansiedlungstätigkeit zugrunde liegt, natürlich nicht darauf an, ob man noch auf ein Jahr verzögert ist oder nicht, sondern es kommt darauf an, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß dem erfolgreich begonnenen Werke nicht aus Mangel an verfügbarer Landbestimm ein plötzliches Ende bereitet wird. Es ist also Aufgabe der Regierung, nicht nur von der Hand in den Mund zu leben, sondern auf Jahrzehnte hinaus Vorkehrungen zu treffen.

Dies aber ist nur möglich durch die Anwendung des Enteignungsgesetzes. Dies Gesetz ist vor nunmehr vollen drei Jahren nach schweren Kämpfen, die für die Posen mit dem Herrenhause durchzuführen hatte, erlassen worden. Es gewinnt aber den Anschein, als ob die ernsthaften Kämpfe gänzlich vergeblich gewesen seien, denn das Gesetz ist bisher noch nicht ein einziges Mal zur Anwendung gelangt. Nun sind auch wir durch aus Anhänger einer maßvollen und schonenden Anwendung dieses Gesetzes, aber wenn es überhaupt nicht wirkt, dann muß dies doch mit Mißtrauen und Mißvergnügen erfüllt sein.

Es gibt drei Möglichkeiten für die von der Regierung bisher beliebte übermäßige Schonung:

einmal die Rücksicht auf den verbündeten österreichischen Staat, in dem die Polen eine für die Regierung sehr wichtige Rolle spielen, zweitens die Rücksichtnahme auf die Polen in Deutschland, drittens die Rücksichtnahme auf die Zentrumspartei.

Was den uns verbündeten Nachbarstaat anbelangt, so ist es ja gewiß ganz gut, wenn man auf ihn möglichst Rücksicht nimmt, aber schließlich ist uns doch das Heim näher als der Hof, das heißt die Rücksicht auf unser eigenes Land muß uns höher stehen, als die auf Oesterreich-Ungarn. Auch meinen wir, daß bei einer ganzen Reihe von Vorgängen in Oesterreich sowohl wie in Ungarn auf die Empfindungen der Deutschen nicht so viel Rücksicht genommen worden ist, daß dieser Staat verlangen dürfte, daß wir bis in alle Unendlichkeit darauf bedacht sein müssen, die Empfindungen der in Oesterreich lebenden Polen auf das Angenehmste zu schonen.

Wenn man aber hofft, durch die Nichtanwendung des Enteignungsgesetzes die in Deutschland lebenden Polen verschonen zu können, so befindet man sich vollkommen auf dem Holzwege. Was mit einer solchen Verhöhnungspolitik gegenüber den Polen erreicht oder vielmehr nicht erreicht wird, hat man ja im Laufe des vorigen Jahrhunderts mehr als einmal feststellen können, und schließlich ist es doch wohl die Pflicht der Regierung, aus den geschichtlichen Tatsachen

*) Ein gelegentlicher Mitarbeiter, der in der Ostmarkenfrage als ausgesprochen unterrichtet gilt, sendet uns die vorstehende Abhandlung, die wir allerdings nicht in allen Punkten unterschreiben können, die uns aber wichtig genug zur Veröffentlichung scheint. Die Red.

zu lernen. Gerade der gegenwärtige Reichsanwalt beruft sich ja auch so gern auf das historisch Gewordene. Ein Beweis dafür, daß die Polen gar nicht daran denken, sich verziehen zu wollen, ist die gerade in letzter Zeit von polnischen Organen mit größtenteils offener Abgegebenen Erklärung, die Polen hätten sich in der Reichsfinanzreform den Konventionen und dem Zentrum nicht angeschlossen, um der Regierung einen Gefallen zu tun, sondern nur um den ihnen verhassten Fürsten Bismarck zu kränzen.

Bleibt die Rücksichtnahme auf das Zentrum. Wir halten es nicht für unmöglich, daß gerade dieses Moment für das Verhalten der Regierung am meisten bestimmend ist. Wir sind schon von jeher der Ansicht gewesen, daß die Sprengung des Bismarck und der Eintritt des Zentrums in die Regierungsmehrheit kein Segen für die innere Entwicklung Deutschlands und Preußens gewesen ist. Wenn aber die Germanisierungspolitik durch die Rücksicht auf das Zentrum aufgehalten wird, so würden die Vorgänge vom Sommer 1909 nicht nur kein Segen, sondern geradezu ein Fluch für Deutschland gewesen sein.

Ein englisches Urteil über den Kaiser.

In London ist soeben ein umfassendes Werk über die Vorfahren des Kaisers erschienen, das von Evelyn Hodgkiss verfaßt ist und den englischen Lesern ein lebendiges Bild von den Charaktereigenschaften der Hohenzollern und von den in dem Geschlecht waltenden historischen Traditionen vermittelt will.

Der Verfasser, der einen großen Teil seiner Kindheit in Deutschland zugebracht hat und auch im Laufe seiner späteren Laufbahn wieder nach Berlin zurückgekehrt ist, zeigt in seinem Werke ein Streben zur freundlichen Objektivität, das gerade in diesen Tagen willkommen geheißen werden muß. Von dem Buche, das eine großangelegte Charakterstudie Friedrichs des Großen aufweist, mag die Gegenwart wohl am meisten das Urteil über Wilhelm II. interessieren.

Hodgkiss ist ein warmer Bewunderer des Kaisers; nachdem er sich eingehend mit der Persönlichkeit Kaiser Friedrichs beschäftigt hat, fährt er fort: „Sein Sohn und Nachfolger, der gegenwärtige Kaiser, ist ein viel komplizierterer Charakter. Von seiner Mutter erbt er jene kühnere, energiegeladene Anlagen, die bei ihr so ausgeprägt waren, und auch jenes Feingefühl, das dem Genie gleichkommt und das sein Onkel König Edward in so außerordentlichem Maße besaß. Der Kaiser ist vielseitig, weise und begabt, aber er will auch fleißig, arbeiten, gewissenhaft, pflichtgetreu und vor allen Dingen: er ist Soldat. Hohenzoller bis zu den Fingern, ist er im Innern seines Wesens auch ein Mann der Gegenwart, er ist modern und er versteht es, die pittoresken Wesenszüge des Mittelalters mit den neuesten Entdeckungen der Elektrizität und der Chemie in Einklang zu bringen. Es ist nicht zu viel gesagt, daß er für die deutsche Nation in ihrem gegenwärtigen kritischen Moment ihrer Entfaltung der ideale Herrscher ist. Während er die konventionellen Anstöße der diplomatischen Welt nicht seines Volkes wahrhaftig ist, er selbst für den Fortschritt und die Zeiten seiner neuen Zeit nicht blind und weis ihre Bedeutung voll zu würdigen.“

Der kritische Beurteiler hebt dann hervor, daß nur Ignoranz und Unwissenheit die Bürger jenes englischen Glaubens sein können, nach dem der Kaiser nach einem Kampfe lecht, und „ungebildig eine Gelegenheit erwartet, die Kraft seiner gepanzerten Faust zu erproben.“ Hodgkiss weist nachdrücklich darauf hin, daß der Kaiser seinem ganzen Wesen und seinen Anschauungen nach niemals dazu geneigt sein würde, im Falle europäischer Bewirklungen den Angriff abzugeben, er würde sich darauf beschränken, im Falle eines Angriffes sein Land zu verteidigen, und auf das Recht seiner guten Sache bauen. Interessant ist auch, daß der englische Kritiker das Märchen von der Anglistophobie der maßgebenden deutschen Gesellschaftskreise widerlegt. Er findet, daß ein herrschendes Charakterzug der Berliner Gesellschaft in „Berkühnheit, ihre offene und unerschütterliche Anhänglichkeit“ sei. Zu Neben jüde jedermann „englisch anzusehen, englische Bücher und englische Zeitschriften findet man in jedem Hause in so reichlichem Maße wie in England selbst, und jedermann spielt Tennis, vom Kaiser angefangen.“

Deutsches Reich.

Kriegsministerium und Luftschiffahrt.

Als der Verlag Weitin u. Co. den „B. J.-Preis der Luft“ von 100 000 Mark dem Verein Deutscher Flugtechniker zur Veranstaltung eines Deutschen Rundfluges 1911 überwieb, brachte auch das königl. Preussische Kriegsministerium dem Plan, einen rein nationalen Wettbewerb auf deutschem Boden zu veranstalten, lebhaftes Interesse entgegen.

Nachdem jetzt die Vorarbeiten so weit gefördert worden sind, daß die vom Organisationsauschuß ausgearbeitete Ausschreibung dem Deutschen Luftschiffer-Verband zur Genehmigung unterbreitet werden konnte, hat sich das Kriegsministerium zur Stiftung zweier Zusatzpreise zum Deutschen Rundflug 1911 entschlossen.

Der „B. J.“ zufolge werden die beiden Preise 5000 und 4000 Mark betragen.

Der erste Preis von 5000 Mark soll dem bei dem Deutschen Rundflug 1911 um den „B. J.-Preis der Luft“ am besten abscheidenden Flieger zufallen, sofern dieser auf einer noch zu bestimmenden Strecke einen Passagier mitführt und eine Höhe von mindestens 400 Meter erreicht. Außerdem stellt das Kriegsministerium die Befestigung eines Flugzeuges des von dem Preisgewinner benutzten Typs in Aussicht, wenn dieser sich gut zu Beobachtungszwecken eignet.

Der zweite Preis von 4000 Mark wird für die Erfüllung einer noch näher zu bestimmenden Leistung ausgesetzt werden.

Diese beiden Zusatzpreise des Kriegsministeriums werden für unsere deutschen Flugzeugfabriken eine besonders willkommene Anregung sein, ihre Leistungsfähigkeit zu beweisen. Das Kriegsministerium plant ja bekanntlich noch in diesem Jahre den Kauf einer größeren Zahl von Flugmaschinen. Man geht deshalb wohl in der Annahme nicht fehl, daß die Ergebnisse des großen Wettbewerbes um den „B. J.-Preis der Luft“ bei der Auswahl dieser Bestellungen Berücksichtigung finden werden, daß es also nicht bei der zunächst in Aussicht gestellten Einzelbestellung sein Bemühen haben wird.

Neben dem Kriegsministerium haben ferner aber auch eine große Zahl deutscher Städte ihre Beteiligungen an dem geplanten Rundflug mit meist hohen Preisdotationen angefragt. Die Gesamtsumme für den Rundflug dürfte deshalb kaum hinter denjenigen zurückbleiben, die für den gefestigten europäischen Rundflug zur Verfügung stand. Denn gegen 400 000 Mark werden voraussichtlich aufgebracht und zur Hebung des deutschen Flugwesens verwendet werden können.

Der Goethebund für die Trennung von Kirche und Staat.

Der Delegiertentag des Deutschen Goethebundes in Bremen veranfaßte am Dienstagabend eine öffentliche Versammlung. Nach Vorträgen des Grafen Hoensbroech und des Schwelgers Kneiwolf wurde eine Resolution angenommen, die sich energisch für die Trennung von Kirche und Staat ausspricht und in der es u. a. heißt:

„Im Interesse der geistigen und religiösen Freiheit unseres Volkes, seiner gesunden religiösen Weiterentwicklung, der persönlichen Wahrschafftheit eines jeden Einzelnen, im Interesse auch der Gerechtigkeit ist es unabweislich, daß sich die religiösen Gemeinschaften vollkommen frei sowohl von Benennung und Eingriffen, als auch von Privilegierungen seitens des Staates entwickeln. Jeder Deutsche muß es deshalb für seine Pflicht ansehn, alle Bestrebungen zu unterstützen, die auf die Lösung der Kirche aus ihrem Dienstverhältnis zum Staat einerseits und ihre Privilegierungen andererseits abzielen.“

Gegen das Ueberhandnehmen der Nahrungsmittel-Ausstellungen.

wendet sich eine Zuschrift der ständigen Ausstellungskommission für die deutsche Industrie, der wir folgendes entnehmen:

Zu einem besonders dringenden Uebelstand für die deutschen Fachgewerbe hat sich die übermäßige Zahl von Nahrungsmittel-Ausstellungen jeder Art entwickelt, die von gewalttätigen und kostengewaltigen Körperlichkeiten ufm. oder aber doch unter deren Firma gemeist von berüchtigten Ausstellungsunternehmern inszeniert werden. Die Ueberzahl derartiger kleiner und kleinlicher Veranstaltungen von häufig kaum lokaler Bedeutung, die über ganz Deutschland verbreitet alljährlich in Groß- und Kleinstädten stattfinden, entspricht in keinem Betracht dem tatsächlichen Bedürfnis irgend welcher beteiligter Gewerbe, geschweige denn dem der Allgemeinheit, geht vielmehr über das Maß des Nützlichen und des vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit Zulässigen weit hinaus. Vor allem aber wird durch die vielfach maßlosen Prämierungen, die mit diesen übermäßig privaten, gewinnstreben Unternehmungen regelmäßig verbunden sind, der Entwertung von Ausstellungen ausser Achtung überhaupt und dem Gebrauch minderwertiger Medaillen usw. bedeutlicher Vorstoß geleistet. Angesichts solcher Mißstände ist es mit besonderer Genugtuung zu begrüßen, daß in ihrer Zeit vor allem die Fachgewerbe selbst hiergegen entscheidende Stellung genommen haben; so die großen deutschen zentralen gewerblichen Körperschaften, die in bemerkenswerter Weise eine Einbindung und Reform der gewerblichen Ausstellungen angebahnt und ausbrüchlich bestimmt haben, doch im Falle der Heranziehung oder Mitwirkung der bekannten Unternehmener jede Unterfertigung der betr. Veranstaltungen von Verbandswegen oder seitens der Verbandvereine zu unterbleiben hat. Auf diese Vorgänge in breiterer Öffentlichkeit hinzuweisen, erscheint der „Ständigen Ausstellungskommission für die Deutsche Industrie“ — im Einvernehmen mit den genannten Körperschaften — im allseitigen Interesse und zur Aufführung weiterer Kreise dringend geboten. Die deutsche Industrie ist nicht dazu da, zu ihrem eigenen Schaden anderen die Tische zu füllen! Erreichte, welche hat auch der Staatssekretär des Innern bereits erklärt, daß es mit dem preussischen Sonderminister die von der ständigen Ausstellungskommission gegebene Anregung, gegenüber Nahrungsmittel-Ausstellungen bei Gewährung behördlicher Förder-

... mit möglichster Zurückhaltung zu verfahren, für beachtenswert und daß er daher Veranlassung genommen habe, auch dem Reichsgesandten und den größeren Bundesregierungen hiernon Mitteilung zu machen. Auch hat das Reichsamt des Innern sein Einverständnis mit vorstehender Auslassung erklärt.

Parteinachrichten.

× Ist die Sozialdemokratie in Wahrheit irtzig? Dr. Köchel schreibt in seinen Randbemerkungen zu den Seelenfondamenten moderner Proletarier im Münchener „Wärz“ zu dieser Frage:

Niemand wird uns ausreden können, daß das Geheimnis von Marx' Maffenerfolg vor allem in dem verheißungsvollen Kern seiner Lehre zu suchen ist. Weshalb aber Marx überhaupt seine Lehre in die Feinglieder des Materialismus hüllte, wissen wir nicht. Subjektive Gründe gegen sich selbst? Wollte er sich schon damit in direkten Gegensatz stellen zu allen staatlichen und kirchlichen Autoritäten? Oder war er selber von solcher erkenntnistheoretischer Anspruchslosigkeit und Naivität, daß ihm dieser plumpe Wunderglaube genügt, und ihm die Tölpelpleierstriebe entgegen, wodurch allein sich der Materialismus am Dasein erhält? Wir wissen das nicht. Nebenfalls war der Materialismus ein Mittelstück für das Proletariat. Es ist bedenklich hinauszuweisen aus ihm. Bald daß es nicht mehr seine Wüste. Noch aber hat es etwas schmerzhaftes, wahrzunehmen, wie selbst außergewöhnliche Intelligenzen unter den Proletariaten da, wo sie sich in ihrem qualvollen Ringen um die letzten Fragen des Lebens holt und fähig auf ihr inneres Erleben stellen müßten, sich aus Respekt vor dem Meister mit ein paar eingeleiteten Phantasmen den Zugang zur eigenen Seele latter verweigern. Und das mit zuckender Ungeduld! Da werden Begriffe wie Natur, Vernunft und so weiter plötzlich selbständige Wesen, Namen für etwas, das man wohl fühlt, das man aber fürchtet, anzuprehen als das, was es tatsächlich ist, als das Unannehmliche, das bloß erlebt werden kann, das bloß dem gehört, der es erlebt, und das man ruhig in Ehrfurcht verehren könnte. Wir wollen Marx damit keinerlei Vorwurf machen, er gab im Grunde die Weltanschauung seiner Zeit, und auch im Lager der Gegner steht man noch heute vielfach auf diesem Standpunkt. Dennoch schäubert es uns vor der Fülle heiliger Qual, die Margens engbrüstige Lehre bereits heute herausbekommen hat über den erkenntnistheoretischen Proletarier, und die wachsen wird, bis ihr Ranzer springt.

Heer und Flotte.

Altersverhältnisse im Heer.

× Berlin, 19. April. Vor einigen Wochen brachte das Militär-Wochenblatt einen Artikel über die militärische Laufbahn von 84 Offizieren aller Waffen, die vor nun einem Vierteljahrhundert im Heer in die Reihe der Offiziere eingetreten sind. Die militärische Laufbahn dieser Offiziere ist einseitig, da sie alle in der gleichen Reihenfolge durch die verschiedenen Stufen der militärischen Laufbahn gegangen sind. Die meisten dieser Offiziere sind heute noch im Heer, und zwar in den verschiedensten Stellen. Die meisten dieser Offiziere sind heute noch im Heer, und zwar in den verschiedensten Stellen. Die meisten dieser Offiziere sind heute noch im Heer, und zwar in den verschiedensten Stellen.

Die „Königliche Zeitung“ meint zu diesen Zahlen: „Es gibt dies ein herabes Zeugnis von der Ueberalterung unserer Offiziere, die tatsächlich einer dringenden Hilfe bedarf. Wenn ein Offizier jetzt erst achtzig Jahre, wie es bei der Infanterie und der Feldartillerie der Fall ist, bis zum Hauptmann gebracht, so ist sein Aufsteigen in eine höhere Stellung so gut wie ausgeschlossen und diese Stellen werden mehr und mehr zum Monopol für die bei der Beförderung Bevorzugten. Zu bedenken bleibt aber, daß ein Offizier, der erst nach 18 Dienstjahren Kompagnieführer wird, und in dieser Stellung mindestens zehn Jahre nach des Dienstes ewig gleichgeblieben ist, für die für diese wohl wichtige Stellung im Heere erforderliche geistige wie körperliche Spannkraft in erheblichem Maße abhanden kommen muß. Mit 18 Dienstjahren sollte der Offizier zum Major befördert, nicht aber zum Hauptmann, und wenn sich diese bedenkliche Wunde auch in absehbarer Zeit kaum erfüllen lassen wird, so muß doch eine wesentliche Verbesserung der Beförderungsverhältnisse ins Auge gefaßt werden.“

Neuerungen im Uniformwesen.

Nachdem bestimmt worden ist, daß alle neuen Uniformarten der deutschen Armee aus festem Tuch herzustellen sind, soll jetzt auch die der Besatzung, mittelst in der Armee ein einheitliches System der Besatzung, farbiger Ärmel, Verwendung finden. Ferner soll die festgraue Farbe auch bei den Heeresgerätschaften, bei denen bisher noch das graubraune Senneluch verwendet wurde (Kochkessel, Zeltbahnen, Wagenplane) eingeführt werden. Diese sollen mit festgrauem Senneluch versehen bzw. aus festem hergestell werden.

Bei einzelnen Armeekorps werden bereits entsprechende Veränderungen gemacht.

Alte vermisste Nachrichten.

Die bayerischen Bischöfe sind am Mittwoch in Freising unter dem Vorhitz des Erzbischofs Bettinger von München zu einer Konferenz zusammengetreten. Hauptgegenstand ihrer Beratungen ist ein erneutes Vorgehen gegen die unbefähigte Lehrerschaft, nachdem von den 10 000 katholischen Mitgliedern des bayerischen Lehrervereins sich über 98 Prozent mit der Abwehr der bismarckischen Union gegen den Lehrerverein und sein Organ, die Bayerische Lehr-Zeitung, einverstanden erklärt haben.

Obwohl werden die Bischöfe über die von der Regierung in mehreren Provinzen bereits durchgeführte Beschränkung der Frauenkinder in der Ausbildung weiblicher Lehrkräfte neuerdings besorgt.

In der Tagung des Rheinischen Handwerkerbundes, die am Dienstag in Köln stattfand und der eine Anzahl Land- und Reichstagsabgeordnete beigewohnten, teilnahmen, wurde beschlossen, mit den christlichen Gewerkschaften in enge Verbindung zu treten. Des wiesenen wurde eine Refo-

lution angenommen, in welcher der Bund eine staatsbürgerliche Erziehung ohne Einfluß der Religion für verfehlt erklärt und aus diesem Grunde die Einführung des Religionsunterrichts als obligatorischen Unterricht für die Fortbildungsschulen verlangt.

Der Prozeß der Prinzessin Luise gegen den belgischen Staat beginnt am 8. Mai und wird voraussichtlich fünfzehn Sitzungen beanfordern. Das Urteil dürfte erst gegen Ende Juli gefällt werden. Der belgische Staat wird durch die Anwälte Delecker und Bonifans vertreten. Der Justizminister, der dem Prozeß große Bedeutung beilegt, hat mehrere hervorragende ausländische Rechtsgelehrte zur Konsultation über gewisse durch den Prozeß aufgeworfene Rechtsfragen nach Brüssel berufen, wo sie mit den Anwälten des Staates konferieren sollen. Diese Rechtsgelehrten sind der holländische Staatsrat Affe, der französische Professor der Rechte Etiepin und der deutsche Rechtsgelehrte Professor Laband.

Aus den Kolonien.

Ein Verfahren gegen einen Kolonialbeamten.

Ueber die auffällige Tatsache, daß gegen den ersten Referenten in Deutsch-Ostafrika, Herrn v. Waechter, ein Verfahren wegen Verletzung der Eidspflicht eröffnet ist, berichtet die Deutsch-Ostafrikanische Rundschau:

Seit August v. J. haben gerichtliche Ermittlungen stattgefunden, um festzustellen, die an die Deutsch-Ostafrikanische Zeitung geschickte Briefe, die den Prozeß große Bedeutung beilegt, hat mehrere hervorragende ausländische Rechtsgelehrte zur Konsultation über gewisse durch den Prozeß aufgeworfene Rechtsfragen nach Brüssel berufen, wo sie mit den Anwälten des Staates konferieren sollen. Diese Rechtsgelehrten sind der holländische Staatsrat Affe, der französische Professor der Rechte Etiepin und der deutsche Rechtsgelehrte Professor Laband.

Die Freunde der Saale-Zeitung werden gebeten, auf ihren Reisen in Hotels und Restaurants überall nachdrücklichst die „Saale-Zeitung“ zu verlangen.

Das Asylrecht in England.

□ Aus London ist gemeldet: Die Houndsditch-Asylstätte hatte in England zu der Forderung einer schärferen Ueberwachung der unerwünschten Fremden-Einwanderung geführt. Diesem Verlangen hat unterm das Kabinett entprochen. Es berichtet der „Berliner L.A.“:

Das Unterhaus ist nach Beendigung der Osterferien wieder zusammengetreten. Minister Churchill legte ein Gesetz vor, betreffend eine wirksamere Ueberwachung ausländischer Verbrecher und betr. die Verhütung der Verübung von Verbrechen durch Ausländer. Der Minister hob hervor, daß in vielen Fällen Fremde, die eines Verbrechens überführt wurden, von dem Gericht, das sie abgeurteilt hatte, nicht zur Ausweisung gemeldet worden seien. In dem Gesetz werde u. a. vorgehien, daß Gerichte, die in solchen Fällen die Ausweisung nicht beantragt haben, aufgefordert werden sollen, die Gründe anzugeben, aus denen sie diesen Teil des bestehenden Gesetzes nicht haben in Kraft treten lassen. Gegenwärtig würden Fremde, die nach der Ausweisung zurückkehrten, das erstmal mit drei Monaten und im Wiederholungsfall mit einem Jahr Gefängnis bestraft. Das Gesetz schloß vor, daß diese Strafe auf ein, beziehungsweise zwei Jahre Gefängnis erhöht werde.

Churchill betonte dann weiter, England müsse jede Befestigung des Asylrechts vermeiden, das es so lange jenen gewährt habe, die Zukunft vor Unterdrückung und Verfolgung im Ausland suchten. England müsse jede Beunruhigung der fremdländischen Bevölkerung vermeiden, insbesondere der jüdischen, die sich in überwiegender Weise aus friedliebenden und die Gesetze achtenden Elementen zusammensetze; diese Leute hätten sicherlich durch ihr Betragen keinen Anlaß zu solchen Maßnahmen gegeben, die sie beunruhigen und ihnen Unlegenheiten bereiten würden. Churchill schloß, um Verbrechen zu verhüten, müsse er sich Respekt erlauben, in gewissen Fällen Bürgschaften zu verlangen. Fremde, die fünf Jahre in England gefest hätten, ohne ein Verbrechen zu begehen, würden von der Ausstellung solcher Bürgschaften befreit sein. Die Regierung habe hier Leute im Auge, die aus Ländern kämen, wo Wort und Tat schlag am der Tagesordnung jet,

wo jeder Polizeibeamte als Feind und jede staatliche Einrichtung als Tyrann betrachtet werde.

Um das englische Volk vor dieser Klasse von Menschen zu schützen, schloß die Regierung vor, die Gerichte zu ermächtigen, unter gewissen Umständen Bürgschaften für eine gute Führung zu verlangen, auch wenn von dem betreffenden kein Verbrechen begangen worden sei. In Ermangelung solcher Bürgschaften oder eines fünfjährigen Aufenthalts in England und wenn auf den ersten Blick erwiesen sei, daß der Betreffende mit Verbrechen verkehrt habe, müsse die Regierung u. wie alle anderen Nationen in der Lage sein, den Mann auszuweisen. Die Bürgschaften würden nicht verlangt werden von Leuten, die bona fide ein Opfer ihrer religiösen oder politischen Anschauung geworden seien.

Ausland.

Waffenstillstand in Mexiko.

× Die Flucht der Insurgenten aus der eroberten Stadt Agua Prieta hat eine entzündende Wirkung in der mexikanischen Revolution hervorgerufen. Dienstag Abend lief in New York aus Mexiko City ein Telegramm ein, daß dem mexikanischen Auswärtigen Amt ein

Waffenstillstand

angeboten worden sei. Dies Angebot rührt wahrscheinlich von Gomez, dem Führer der Insurgenten in Washington, her. Die Antwort der mexikanischen Regierung soll erklären, daß die Regierung dem Vorschlage eines Waffenstillstandes wohlwollend gegenübersteht. Es wird angenommen, daß Munitionsmangel die Preisgabe der Stadt Agua Prieta herbeigeführt hat. Nach anderen Nachrichten sollen erste Zwistigkeiten unter den Aufständischen selbst entstanden sein. Die Ursache soll der Uebertritt des Obersten Medina auf amerikanische Seite sein. Medina überließ sich dem amerikanischen Kommandanten aus. Diese Handlung wird von den Insurgenten als Desertion betrachtet. Die bisherigen Berichte über die Verluste sind bei weitem zu niedrig gegriffen. Die Regierungstruppen begruben ihre Toten auf dem Schlachtfeld und schafften ihre Verwundeten ins Innere des Landes. Sie lehnten dabei jede Hilfeleistung des amerikanischen Roten Kreuzes mit der Begründung ab, daß sie selbst für ihre Verwundeten sorgen könnten.

Die „Evening Post“ versichert, sind die bestunterrichteten Kreise überzeugt, daß der

Widritzt des Präsidenten Diaz

unmittelbar bevorsteht. Aus der Stadt Mexiko wird der „Evening Post“ gemeldet, daß im Kongreß eine Vorlage über ein allgemeines Wahlrecht eingebracht worden ist. Auf die Vorstellungen der Vereinigten Staaten hat Präsident Diaz versprochen, daß an der Grenze keine kriegerischen Operationen mehr erfolgen sollen. Von amerikanischer Seite wird, wie die „N. J. A.“ weiter meldet, die Errichtung eines breiten neutralen Landstriches empfohlen, den sowohl die mexikanischen Regierungstruppen als auch die Rebellen respektieren sollten. In Bezug auf die künftige Stellungnahme der Vereinigten Staaten sieht Präsident Diaz die Verantwortung und Entscheidung dem Kongreß zu. Der Washingtoner Korrespondent des „Daily Telegraph“ interviewte verschiedene Senatoren und Kongreßmitglieder, die sich alle dahin aussprachen, daß die Lage zwar sehr ernst sei, eine Intervention jedoch infolge der zu erwartenden Komplikationen durchaus unerwünscht wäre.

Erzbischof Muzri heiratet.

× Aus Rom wird gemeldet: Der bekannte christlich-sozialistische Abgeordnete Romolo Muzri, der frühere Abbe und Führer der modernistischen Bewegung und der christlichen Demokraten Italiens, wird in den nächsten Tagen eine reiche Erbin aus den Marken (der Landschaft von Ancona) heiraten.

Der hierliche „Corriere d'Italia“ bemerkt hierzu: Muzri beklagte seitdem die Kets seiner Apokalypse. — Die tabakale „Magon“ meint, Muzri habe damit zwischen sich und der Kirche alle Brücken abbrechen wollen und sei ganz zur Wärsheit zurückgetreten. — (Muzri ist der erste Priester, der im Parlament des geeinigten Italiens sitzt. Obwohl er jetzt zwei Jahren wegen seiner reformistischen Bestrebungen exkommuniziert ist, trug er bisher stets kein Priesterkleid weiter. Im Sommer vorigen Jahres sollte er in Berlin auf dem Kongreß für freies Christentum einen Vortrag halten. Dieser wurde jedoch verboten. (Die Redaktion.)

Kleine Tagesnachrichten.

Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand ist, wie aus Wien gemeldet wird, infolge nach Holland abgereist. Die Reise trägt lediglich privaten Charakter.

Ueber die Erziehung des norwegischen Kronprinzen schreiben nach Meldungen Londoner Blättern zwischen dem norwegischen Königspaar und der Regierung Differenzen. Die Mutter des Kronprinzen, die bismarckische Prinzessin ist, und auch der König wünschen ihren Sohn für einige Jahre in eine englische Marineschule zu senden. Dagegen aber erheben mehrere Minister ganz energischen Einspruch. Es erklärt, daß der fünfjährige norwegische König nicht außerhalb des Landes erzogen werden dürfe. Die Frage dürfte bei dem nächsten Besuch des norwegischen Königspaars in England im Familienrat zur Sprache kommen.

Russische Offiziere als Deserteure.

Der Kommandeur der ersten Division der ersten Grenadier-Artillerie-Brigade Oberst Komarski und der Hauptmann Smolowski sind, wie der „L.A.“ meldet, dem Moskauer Militärgericht überführt worden. Ersterer hatte heimlich eine Anzahl Schrapnells und Granaten aufbewahrt, die in Bismarck nicht verwendet waren und aus der Zeit der Moskauer Revolution stammten. Um kein Vergehen zu verbergen, überreichte er dem Hauptmann Smolowski, die Geschosse im Flug zu versetzen.

Kasse und Umgebung.

Der Nachfolger des Professors Bernheim. Zum Nachfolger des Geh. Med.-Rats Professor Bernheim ist für den Lehrstuhl der Physiologie an unserer Universität der Professor an der Berliner Heerärztlichen Hochschule und Privatdozent an der Berliner Universitäts-Dr. Emil Hübner in Aussicht genommen.

Arbeitem wird zu rechnen sein. Es soll Tafelglas fabriziert werden.

Unterstadt, 18. April. (Die Ziegelei Bernhardt) hier ist ein Konjunkturverlauf, das die Bildung einer Aktien-Gesellschaft erstrebt. Als Kapitalreize wurden 325 000 Mark genannt.

Wolpa, 18. April. (An eines Krematoriums.) Im Gemeinderat erklärte Bürgermeister Thiele auf die Anfrage eines Stadtratsmitglieds, daß wegen des Baues eines Krematoriums in Wolpa in Kürze eine Besichtigung zu erwarten sei. Zu dem gen. Zweck hätten bereits 25 000 Mark zur Verfügung.

Gerichtsverhandlungen.

Beurteilung wegen Antrens. Die Strafkammer in Bonn beurteilte dem „L.“ zufolge den 37 Jahre alten Rechtsanwalt Sperling wegen Antrens in fünf Fällen zu sechs Monaten Gefängnis. Sperling befand sich in löscherer Vermögenslage und hatte die Gelder seiner Klienten, in einem Falle sogar in seiner Eigenschaft als Konsumverwalter, für sich verwendet. Ende 1909 war er nach England geflohen, dort verhaftet und nach Deutschland ausgeliefert worden.

Religionsförderung? Die Staatsanwaltschaft in Innsbruck hat gegen den Obmann des Salzburger Hochschuleinstitutes, Dr. Theodor Mathis, Anklage wegen des Verbrechens der Religionsförderung erhoben. Gegenüber der Anklage bildet eine Rede, die Dr. Mathis auf der Innsbrucker freireligiösen Tagung gehalten hat.

Kunst und Wissenschaft.

Erster internationaler Monisten-Kongress in Hamburg. Die Vorbereitungen zu diesem bedeutsamen Kongress, der vom 8. bis 11. September d. Jrs. stattfinden wird, sind weit vorgeschritten, daß wir schon einiges aus dem Programm mitteilen können. Der Ehrenpräsident Excellenz Prof. Haeckel wird in einer Ansprache die Kräfte und Aufgaben des Monismus in der Naturwissenschaft erläutern. Der erste Vorsitzende Geheimrat Prof. Dismal-Lepetit wird über die Einheit der gesamten Natur vom Standpunkte des Energetikers reden. Prof. Arrhenius aus Stockholm — gleich Prof. Oswald Träger des Nobelpreises — wird die Einheit der physikalischen Erscheinungen und Gesetze auf der Erde und innerhalb der Sternwelt darlegen. Prof. Jacques Loeb-Newport, der berühmte Biologe, wird die physikalischen und chemischen Faktoren des Lebensprozesses an dem Beispiel der Eiinführung erläutern. Prof. Friedrich Kohl-Wien wird einen Vortrag halten über Monismus und die Kulturprobleme der Gegenwart. Prof. V. Warburg und Stransky werden über „Trennung von Staat und Kirche“ sprechen und Rektor Härtel aus Hamburg über „Trennung von Schule und Kirche“ referieren. Der zweite Vorsitzende Dr. F. J. J. van der Waerden wird die Ergebnisse des Kongresses zu seinem Vortrag über „Monismus und Freiheit“ zusammenfassen und die heutige kulturpolitische Lage beleuchten. Eine Führung durch die Museen wird durch die Herrn Prof. Brindmann und Dr. Schumann, den Leitern des Kunst- und Gewerbe-Museums und des kulturhistorischen Museums, und ein Besuch von Hagenbecks Tierpark unter Leitung des Herrn Jagendacht stattfinden. Zur Vorbereitung des für die Hamburg-Amerika-Linie im Bau begriffenen größten Dampfers der Welt ist ebenfalls schon Erlaubnis erteilt.

Theater und Musik.

Angriffe auf Antoine.

Aus Paris wird gemeldet: Gegen den Leiter des Odéon, Antoine, ist, wie die „R.“ meldet, ein Protestmarsch ausgebrochen. Gegen 20 Bühnenschriftsteller besaßen sich in einer Zuschrift an den Kammerpräsidenten der schönen Königin Adg. Prästet über Antoinnes systematische Feindseligkeit gegen alle Dramendichter, der nicht die deutsche und norwegische Formel fitaoflich anwendet, die Antoine allein gelten lasse. Sie verlangen die Entlassung Antoinnes.

Humpelwinds „Königstinder“ wurden am Montag im Großherzoglichen Hoftheater in Darmstadt zum ersten Male gegeben. Die Aufführung war gut und der Erfolg klar. Der Komponist wurde nach jedem Akt mehrfach gerufen.

Der Wiesbadener Heldentenor Heinrich Henkel, über dessen Schicksal aus dem Wiesbadener Werk bereits berichtet, wird außer den Gesängnissen am Wiesbadener Hoftheater noch solche in Brüssel, Bayreuth und Newport absolvieren.

Vermischtes.

Von Einbrechern überfallen.

Aus Berlin wird gemeldet: Ein blutiger Kampf zwischen einem Wächter der Berliner Wache und Schließgesellschaft und zwei Einbrechern hat sich in den Fabrikgebäuden der Firma Bernhardt Simon in der Ritterstraße abgespielt. Mittwochs morgen, als der Fabrikraum geöffnet wurde, fand man auf dem Treppenhof den Wächter der Wache und Schließgesellschaft Franz Kramp geknebelt liegen. Sein Kopf war an mehreren Stellen zerissen, seine Hände ganz blutig, in seiner Nähe lag der blutige Säbel, außerdem zeigten sich überall auf dem Treppenhof starke Wulsturen. Nach der Schilderung des Wächters, der von keinen Anzeichen besetzt wurde, ist er in der Nacht von zwei Einbrechern überfallen worden. Er hatte noch soviel Zeit, um rasch aus dem Fabrikraum zu flüchten und die Tür hinter sich zuzuschlagen. Auf dem Flur wurde er von einem zweiten Einbrecher, einem Komplizen des ersten, angefallen, der Wächter zog seinen Säbel, nach seiner Angabe hat er dem Verbrecher schwere Körperverletzungen beigebracht, worauf auch die starken Wulsturen auf dem Flur hindeuten. Mittlerweile war aber der erste Einbrecher aus dem Fabrikraum gekommen und beide Verbrecher stürzten sich auf den Wächter, überwältigten ihn, wobei es nicht ohne einen harten Kampf abging, und trübten ihn schließliche, dann verschwand er.

Großer Waldbrand.

Aus Köln wird gemeldet: Ein Waldbrand, der Mittwochs mittags in der Nähe der Arbeiterkolonie Petrusheim bei Bommersholz ausgebrochen ist, hat zum 1500 holländische Morgen Tannen- und Eichenhölzern abgebrannt und die umliegenden Wälder in die Asche verwandelt. Zahlreiche

Wald ist in den Flammen umgekommen. Das Feuer bedroht die Ortschaft Wemb.

Der Brand des Schaarbecker Rathauses.

Es wurde berichtet: Aus der Brandgeschichte des Schaarbecker Rathauses ist eine Kriminalgeschichte gemorden. Die Gerichtsbehörden haben festgestellt, daß sich im ganzen an sechs verschiedenen Stellen des Rathauses Brandherde befunden haben, die von Verbrechern angelegt sein müßten. Da dies in den Obertagen geschehen ist, wo alle Bureaus für das Publikum geschlossen waren, so werden natürlich gegen viele amtlige Persönlichkeiten verdächtige Vermutungen ausgesprochen. Die ganze Affäre entwickelt sich schon zu dem, was in Belgien aus jedem Ereignis wird, nämlich zu einer Polemik zwischen den Klerikalen und ihren Gegnern. Als sehr verhängnisvoll hat sich das System erwiesen, die Dokumente des Zivilamtes und der Buchführung in den Obergeschossen des Hauses aufzubewahren. Alle diese Dokumente sind zerstört und nur das Wenige, was sich in den Kellern befand, ist gerettet worden.

Die Münzhelute. In München hat der Rohwurst Kurztiger vom kaiserlichen Wasserbaum im Hof des Schauspielhauses mit der Münzhelute eine größere Unbilligkeit in der Feuerlöschung unter der Erde festgestellt. Direktor Stollberg vom Schauspielhaus hat bann, da die Wasseruhr immer noch Störung zeigte, am anderen Tage allein mit der Münzhelute eine unbillige Ruffe an der Außenfeuerleitung unter der Erde gefunden.

Die Jägerneplage wird in einzelnen Gegenden der Provinz Schlesien, so wird uns geschrieben, geradezu unerträglich. Ganz besonders trifft dies im Landkreise Oppeln zu, wo in der letzten Kreisversammlung der Landrat zu dieser Angelegenheit Stellung nahm. Da die 14 bis 16 Gemarkungen des Kreises nicht mehr in der Lage sind, der Jäger Herr zu werden, hat der Landrat die einzelnen Gemeinden, zur Selbsthilfe zu stellen, beim Erscheinen der Jäger die Sturmlosode zu tätigen und die geeigneten Anträge zu erteilen. Nur auf diesem Wege könne sichere Abhilfe geschaffen werden.

Komoll und Genossen. Aus Breslau meldet man: Nach den bisherigen Geschehnissen hat mit großem Eifer betriebenen Ermittlungen haben der in Hoberg bei Reutheu nach heiligem Kampfe von Polizeibeamten erschossene Komoll und seine Komplizen nicht nur in Oberhiesfeld, sondern auch in Ruhland und Oelberich schwere Verbrechen verübt, u. a. dürfte auch der Raubmord an dem Barrer in Dabitz, über den wir seinerzeit berichtet, auf das Konto der Bande zu legen sein. Die Hoberger Polizeibeamten erhalten fortgesetzt von angeblichen Freunden des erschossenen Komoll Briefe, worin ihnen mit Ermordung gedroht wird.

Geftrandet. Aus Kapstadt wird gemeldet, daß der portugiesische Passagierdampfer „Lusitania“ von 5557 Registertonnen, der am Sonnabend aus der Delagoabucht nach Kapstadt abging, beim Bellows-Riff bei Kapstadt geftrandet ist. Das britische Kriegsschiff „Fort“ und Schlepplampfer gingen zum Bruch ab, das sich in gefährlicher Lage befindet.

„Die ehrenvolle Karze.“ In der Führungsliste des verstorbenen Pariser Polizeikommissars Barze, der in seinem „Leben“ einbrecher, Diebstahl und Komplize von Mördern war, findet sich auch der Vermerk: „Im Dienste durch einen Meßfehler an der Wange verwundet.“ Jetzt erzählt der „L.“, daß Barze diesen Stich von seiner eiferstühnigen Geliebten Camille Del erhalten hat. Er hatte einen Kampf mit Wunden erlitten, um die Wunde zu erklären. Barze erhielt damals eine Remuneration für seine „Tapferkeit im Dienste“.

Verhaftung von Eisenbahn Dieben. Die Moskauer Geheimpolizei ermittelte eine Räuberbande, die systematisch Eisenbahnbestände betriebe und große Warenmengen auf der Moskauer-Wolgaer Eisenbahn raubte. Zwanzig Diebe wurden verhaftet, darunter zehn Eisenbahnbedienstete. Der durch die Räuberbande verursachte Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt. — Gleichzeitig wurden in Kasan eine Anzahl Eisenbahn Diebe festgenommen, meistens ehemalige Wohnangehörige, und ein ganzes Lager gefahrender Manufakturwaren beschlagnahmt.

Festgenommener Bankräuber. Der türkische Polizei ist es gelungen, die Bankräuber festzunehmen, die vor 2 Monaten in Rom in die Banca Italiana einbrechen verurteilt hatten und dabei den Bankföhrer und seine Frau ermordeten. Es sind drei Franzosen, zwei Männer und eine Frau. Sie sollen Mitglieder einer internationalen Einbrecherbande und eigens nach Rom geschickt worden sein, um den Kassenschatz der Banca Italiana zu plündern.

Laminierungsluft. Im Kirdhorpe Petropawlowsk (Rußland) hat eine Lamine die Dorfkirche zerstört. 3 Menschen sind umgekommen, drei andere wurden schwer verletzt.

Luftschiffahrt.

Die Fahrt über Festungshöhe.

Das triangelmännliche Verbot des Überfliegens von Festungshöhe durch Luftschiffe sowie der Umgehung solcher Werke ist auf eine Entfernung von dreißig Kilometern schlicht die Festungshöhe zurzeit von der regen Beteiligung an der Luftschiffahrt nahezu vollständig aus, und eine Abhilfe dieses Zustandes wird immer dringlicher. Das betont die „R.“ mit Recht, und es gilt, Mittel zu finden, um dem Auspionieren einer Festung aus der Luft in ausreichender Weise vorzubeugen. In erster Linie gehört hierzu das Verbot der Mitnahme von photographischen Apparaten. Nun könnte der Einwand erhoben werden, daß ein Fachmann vom Luftfahrzeug aus auch ohne den Photoapparat ausreichende Beobachtungen machen könne, um später aus dem Gedächtnis die Lage einzelner Befestigungsanlagen zu skizzieren. Aber auch in dieser Beziehung braucht man keine allgütige Befolgung zu geben, denn zur Beobachtung aus der Vogelperspektive und zur sicheren Feststellung einer Dertlichkeit oder eines bestimmten Punktes aus einer Höhe, wo diese Gegenstände wie Würdiger Spielzeug aussehen, gehört eine außerordentliche Übung und dauernde Gewöhnung, die sich nicht so leicht verhaschen läßt. Auch würde sich die Überwachung der Luftschiffahrt in den Festungshöhen unüberwindlich erweisen, daß eine Umgehung der Festung durch die Luftschiffe nicht so leicht zu vermeiden ist in die ferne Luftschiffahrt kann weniger in die nähere Umgebung, und was aus der Ferne unter stets wachsendem Gesichtswinkel zu beobachten und zu erpähnen ist, wird immer nur einen beängstigen und meist geringen Wert haben. Der gemachte Vorschlag, Festungswerke gegen Einflucht aus der Luft und durch Abdrängen von Baumstammeln und dergleichen zu schützen, soll zwar nicht von der Hand geworfen werden, aber einmal sind solche Anordnungen nicht so leicht herzustellen, und zum andern würde man dadurch vielleicht erst recht die Aufmerksamkeit auf solche Punkte lenken, die man der

Sicht und Beobachtung entziehen will, und einen Fortschritt in einem Maßgürtel umgewandelt erhebt ein meiertes ausgeklüffelt. Die Regelung dieser Fragen ist zweifellos nicht leicht, aber es wird und muß sich ein befriedigender Weg dafür finden lassen.

Letzte Nachrichten.

Zum Unfall des Ballons „Nordhausen“.

la. Dresden, 19. April. (Privattelegramm.) Hauptmann von Dittmann, der am Sonntag bei dem Ballonunfall schwer verletzt wurde, liegt noch immer beunruhigt. Die Untersuchung ergab Zerschneidung der Nervenstränge zur Lunge, wodurch diese sich entzündete. Bei dem Fabrikbesitzer Korn stellten sich nachträglich innere Schmerzen ein.

Weiter wird uns gemeldet: Hauptmann von Dittmann ist noch bewußtlos, reagiert jedoch auf Reizungen mit abweichenden Handbewegungen. In der festgestellten Augenentzündung ist Stillstand zu verzeichnen.

Dresden, 19. April, 8 Uhr abends. (Privattelegramm.) Bei dem verunglückten Hauptmann von Dittmann hält die letzte Befragung an. Der Patient ist noch immer bewußtlos. Allgemeinbefinden etwas besser. (Damit erfüllen sich anders, schlimmer lautende Berichte also nicht. Die Red.)

Erregung in Portugal.

II. Paris, 19. April. Der „Newport Herald“ meldet aus Lissabon, daß die Erregung unter der Landbevölkerung über die in 5 Tagen in Aussicht stehende Trennung von Staat und Kirche immer größere Dimensionen annimmt. In verschiedenen Bezirken plant man große Manifestationen. Die Bewohner des Nordens von Portugal, die besonders kirchlich geübt sind, sehen einer Trennung von Staat und Kirche äußerst unympathisch gegenüber. Eine offizielle Note des Justizministers lüßt die Bevölkerung zu beruhigen, indem sie erklärt, daß in religiösen Dingen die größtmöglichen Freiheiten gewährleistet werden sollen, und daß auch den Priestern für ihre amtliche Tätigkeit nicht die geringsten Vorbehalte gemacht werden würden. Ferner wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Trennung von Kirche und Staat ohne Opposition seitens der Bevölkerung vor sich gehen wird.

Streiknachrichten.

Madrid, 19. April. Die Madrider streikenden Maurer, 11 000 an der Zahl, erhalten Geldunterstützung von vielen Arbeiterverbänden Madrids und der Provinzen. Man erwartet eine baldige Beendigung des Ausstandes.

Vermischte Drahtnachrichten.

München, 19. April. Bei Mühlendorf kam das Jahrwerk des Bauern Huber an abschließiger Stelle ins Rutschen und fuhr gegen einen Gashof. Die Insassen, der Besitzer und seine Frau, wurden verletzt.

Frankfurt a. M., 19. April. Bei der Bafeler Niederlassung der Schweizer Kreditbank in Zürich sind, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, Unterschlagungen entdeckt worden, die zur Verhaftung des Vizepräsidenten Weghe führten. — Wie mitgeteilt wird, datieren die Unterschlagungen aus jüngster Zeit. Die Summe der Unterschlagung wird mit 50 000 Frs. beziffert.

Saibach, 19. April. Gestern abend wurde hier ein Erdbeben in Entfernung von 5000 Kilometern registriert.

Brüssel, 19. April. Die Trümmerstätte des Schaarbecker Rathauses laßt noch immer viele Neugierige herbei. Die Feuerwehr durchsucht den Schutt fortgesetzt nach Dokumenten, Bildern usw. Die Nachforschungen nach den Brandstiftern sind bisher erfolglos verlaufen.

Kopenhagen, 19. April. Die Lage des Arbeitsmarktes in Dänemark wird nachgerade beunruhigend. So sind die Verhandlungen der Tischler geplatzt. Es verhandeln noch die Klempner und Holzarbeiter; ob mit bestem Erfolg, ist zweifelhaft. Auch in Norwegen herrscht starke Spannung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern und in Schweden verhasst sich die Lage ebenfalls. In Arbeiterkreisen glaubt man daher, daß die Arbeitgeber der drei nordländischen Länder sich geeinigt haben, gleichzeitig den Kampf aufzunehmen.

Petersburg, 19. April. In der Nähe von Tanageroff ist der österreichische Dampfer „Sabbia“ gestrandet. Man bemüht sich gegenwärtig, das Schiff wieder flott zu machen.

Geschäftsverkehr.

Für die Veröffentlichung unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung.

Spinatfeteiten. 4 Pfund Spinat werden zerlesen, gut gewaschen und in Salzwasser weichgekocht. Dann dünnt man ihn in 60 Gramm Butter und einer fettigen Zitronenabgabe, gibt ein eingewickelt und wieder ausgebrühtes Broten, 2-3 Eigelb, 15 Tropfen Magg's Würst, Salz, Pfeffer, Muskatnuz und Semmelmehl zu, formt Koteletten und bäckt sie in heißem Fett.

Uetzung. Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Privatnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Rittmann; für Ausland und Bette Nachrichten: Carl Meiner; für den Theater- und Kunstteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Gendel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — ständlich Unterhaltungsblatt.

